

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Die ökologische Nachbesserung des Regierungsprogramms schärft im Urteil von **Michael Müller MdB** das Profil der SPD.

Seite 1

Den Verzicht auf Rüstungsexport hält **Dr. Eike Leonhard MdB** auch aus ökonomischen Gründen geboten.

Seite 2

Forderungen nach einer schnellen EU-Erweiterung weist **Dr. Gerhard Schmid MdEP** als unsinnig zurück.

Seite 3

Wie auf Grund des Einigungsvertrags ein Standortvorteil zum Nachteil wird, stellt **Iris Gleicke MdB** dar.

Seite 4

Vorschläge für eine umwelttechnische Export-Offensive unterbreitet **Siegmar Mosdorf MdB**.

Seite 5

**Dokumentation**  
Für ein neues, tragfähiges Bündnis zwischen den Generationen tritt die SPD nach den Worten ihres Vorsitzenden **Rudolf Scharping** mit der Arbeitsgemeinschaft "SPD plus 60" ein.

Seite 6

49. Jahrgang / 80

27. April 1994

### Für ein Reformbündnis Arbeit und Umwelt

Die ökologische Nachbesserung des Regierungsprogramms schärft das Profil der SPD

Von Michael Müller MdB

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Nach den Vorstellungen von Rudolf Scharping und dem SPD-Präsidium soll dem ökologischen Teil im Regierungsprogramm ein deutlicheres Schwergewicht gegeben werden, um das gewollte "Reformbündnis zwischen Arbeit und Umwelt" herauszustellen.

So wird sich das Programm klarer zur Einführung von "Öko-Steuern" bekennen und auch die Neuorientierung in der Energieversorgung präzisieren. Schließlich nimmt der Entwurf die in Europa überall praktizierte Geschwindigkeitsbegrenzung auf. Dies ist gut so, denn in der Zwischenzeit sind zwei Drittel aller Bäume tot, nehmen die umweltbedingten Krankheiten stark zu und schwebt über der weiteren Zukunft die Gefahr einer Klimakatastrophe.

Während die Bundesregierung von einer umweltpolitischen Vorreiterrolle redet und schon in der Europäischen Union aufgrund des solitären Luxus eines Verzichts auf Geschwindigkeitsbegrenzungen wenig glaubwürdig ist, muß die SPD mit dieser Praxis folgenloser Ankündigungen Schluß machen. Das ist nicht nur ökologisch geboten, sondern auch ökonomisch, denn das entscheidende Problem unserer Volkswirtschaft sind mangelnde Innovationen. In der Automobilindustrie hat die Bundesrepublik in Teilsektoren auch deshalb Probleme, weil sie die Entwicklung sparsamer Autos verschlafen hat.

Die SPD muß für ein Reformbündnis Arbeit und Umwelt stehen.

Sie darf die Umweltpolitik nicht den Grünen überlassen, die in den letzten Jahren keine einzige neue Idee entwickelt haben. Sie leben vom Anschein und von Überschriften, obwohl die SPD konzeptionell auf dem Gebiet der Umweltpolitik mehr zu bieten hat.

Deshalb ist es gut, daß der Entwurf ökologisch nachgebessert wurde. Das hat nichts mit "Umfallen" zu tun; CDU-Generalsekretär Hintze soll die dummen Sprüche lassen. Im Gegenteil: Es ist gut, daß Scharping Vorschläge aus der Partei aufgreift. Und er hatte auch im Vorfeld keinen Zweifel daran gelassen, daß es ein Entwurf ist. Und über den muß man, wenn man nicht dem Kanzlerwahlverein der Union angehört, auch diskutieren dürfen. Das ist beste demokratische Sitte.

\*\*\*\*\*

(-/27. April 1994/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Veranstalter: Umwelt  
mit wertvollen Redaktionen  
Recycling-Papier



**Verzicht auf Rüstungsexport auch ökonomisch geboten**  
**Waffengeschäfte schwächen unsere Wettbewerbsfähigkeit am zivilen Markt**

Von Dr. Elke Leonhard MdB  
Außenwirtschaftliche Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Exportüberschüsse sind für unsere Wirtschaft in den vergangenen Jahren zu den Trägern des Wohlstandes geworden. Auch gegenwärtig zeigt die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, daß der Aufschwung für unsere Wirtschaft aus dem Zuwachs der Exporte kommt. Steigende Ausfuhren sind bei weiterhin zurückhaltender Nachfrage im Innenhandel gegenwärtig das Instrument, welches konjunkturelle Impulse leistet.

Die Bundesregierung hat an diesem Erfolg in der Wirtschaftslage keinen Anteil.

Auch zieht jetzt nicht mehr das Argument, die restriktiven Rüstungsexportgesetze in Deutschland seien das Grundübel für unsere Wirtschaft. Eine wettbewerbsfähige Industrie hat auch trotz der inkompetenten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in der Welt eine Spitzenstellung.

Ich meine: Gerade wegen unserer restriktiven Rüstungsexportgesetze.

Ein wichtiges wirtschaftspolitisches Element unserer Rüstungsexport-Kontrollpolitik war immer, daß Investitionen der Industrie oder von Anlegern im Rüstungsbereich keine langfristigen Perspektiven auf Gewinne versprechen sollen - auch nicht über verstärkte Rüstungsexporte. Dieses auch in Japan wirksame Prinzip hat dazu geführt, daß die für Investitionen zur Verfügung stehenden Kapitalmittel immer stärker von dem zivilen Markt angezogen wurden. Als Folge hat dies bei Japan und Deutschland zu einer stabilen Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit im zivilen Weltmarkt und zu einem stetigen Handelsüberschuß geführt.

Diese These wird auch von der Statistik getragen, die ausweist, daß internationale Wettbewerbsfähigkeit negativ mit den Rüstungs- und Raumfahrtausgaben korreliert. Dies haben bereits anlässlich des 8. Gesprächsabend des VDI für Bundestagsabgeordnete am 14. Oktober 1987 die Ausführungen von Professor Dr. Helmar Krupp, Direktor des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik, belegt.

Daraus folgt: Ein Verzicht auf Rüstungsexporte ist auch ein Gebot der wirtschaftspolitischen Vernunft. Kurzfristige Gewinne im Waffengeschäft werden erkaufte durch eine Umlenkung der Finanzströme weg von den Bereichen, die unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

Dieser Effekt einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zeigt sich erst durch eine stete und konsequente Politik ohne Rüstungspolitische "Seitensprünge", wenn ein Auftrag winkt. Nur dann wird der Export zum Motor des wirtschaftlichen Aufschwungs.

(-/27. April 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### Im Osten keine falschen Hoffnungen nähren!

Forderungen nach einer schnellen EU-Erweiterung sind ökonomisch unsinnig

Von Dr. Gerhard Schmid MdEP

Sprecher der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament  
Stellvertretender Landesvorsitzender der BayernSPD

Ministerpräsident Stoiber hat wiederholt einen schnellen Beitritt der osteuropäischen Staaten zur Europäischen Union gefordert. Er setzt damit auf Zustimmung und Hilfsbereitschaft derer, die es mit diesen Staaten wohlmeinend, ohne die Konsequenzen zu durchschauen. Die Folgen dieses raschen Beitritts wären wirtschaftlich für uns und für diese Staaten gleichermaßen katastrophal. Entweder verschweigt Stoiber die Folgen bewußt, oder er weiß nicht, was er da fordert. Was immer davon stimmt: Diese Politik ist schädlich und für uns nicht brauchbar.

Warum fordert der bayerische Ministerpräsident den schnellen Beitritt der osteuropäischen Staaten?

Derzeit wollen fast alle osteuropäischen Staaten Mitglied der Europäischen Union werden. So hat die Ukraine beim Abschluß eines Abkommens mit der Europäischen Union vor kurzem erklärt, sie wolle beitreten. Im letzten Jahr gab es dort 9.000 Prozent Inflation und einen Rückgang der Produktion um 35 Prozent. Aber auch die Wirtschaftsdaten von Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei verweisen einen schnellen Beitritt ins Reich der Illusionen.

Stoibers Forderung nährt falsche Hoffnungen. Notwendige, aber schmerzliche Anstrengungen zur wirtschaftlichen Konsolidierung unterblieben, wenn im Westen ein Beitritt zu den jetzigen Bedingungen als möglich signalisiert wird.

Eine EU-Osterweiterung wird sündhaft teuer: Nach einem Brüsseler Sachverständigen-Bericht würde die in zehn bis 15 Jahren erwartete Aufnahme der vier Länder Ungarn, Polen, Tschechische Republik und Slowakei allein für die europäischen Strukturfonds einen Nachschuß von jährlich rund 52 Milliarden Mark erfordern. Deutschland wäre an den neuen Lasten gemäß seines 30prozentigen Finanzierungsanteils am Gesamthaushalt der Europäischen Union beteiligt.

Darzut zahlt Bonn über 20 Milliarden Mark mehr in die Brüsseler Kassen, als direkt wieder nach Deutschland zurückfließen.

Ein Beitritt der Balkan-Staaten und der drei baltischen Republiken würde nach dem Bericht sogar doppelt so hohe Strukturausgaben bedingen. Eine Erweiterung der Europäischen Union um die Länder der früheren Sowjetunion würde die Brüsseler Fonds auf 167 Milliarden Mark aufblähen. Diese Erweiterung steht allerdings bisher nicht ernsthaft zur Debatte.

Die Verfasser der Studie gehen davon aus, daß die osteuropäischen Staaten ein weit niedrigeres Pro-Kopf-Einkommen haben als die vier ärmsten EU-Länder Griechenland, Portugal, Irland und Spanien. Während diese vier Länder im Jahre 1991 zwischen 52 Prozent und 80 Prozent des EU-Durchschnittseinkommens erreichten, pendelten Polen, Ungarn und die damalige Tschechoslowakei zwischen 36,4 und 45,7 Prozent.

In der EU erhielten die wirtschaftlich rückständigsten Mitglieder 1992 aus dem Brüsseler Regional-, Sozial-, Agrar- und Kohäsionsfonds Zuschüsse von binahe 400 Mark je Einwohner. Inzwischen haben die Staats- und Regierungschefs beschlossen, diese Leistungen bis 1999 zu verdoppeln. Den mittel- und osteuropäischen Staaten wird nach ihrem Beitritt gewiß mindestens ebensoviel Geld in Aussicht gestellt werden müssen wie etwa Griechenland und Irland.

Noch gar nicht quantifizierbar sind bei einer "Osterweiterung" die zu erwartenden Mehrkosten für die gemeinsame Agrarpolitik. Vieles deutet indes darauf hin, daß sie längerfristig noch stärker zu Buche schlagen werden als die Aufstockung der Strukturfonds für den Abbau des regionalen Gefälles: von den hohen Erzeugerpreisen in der Gemeinschaft dürften nämlich

starke Produktionsanreize ausgehen. Sie würden für die EU zu neuen kostspieligen Überschüssen führen.

Schätzungen zufolge würden die vier Beitrittsanwärter, wenn sie den Ertragsrückstand ihrer Landwirtschaft gegenüber vergleichbaren Regionen in der EU zur Hälfte überbrücken könnten, Anspruch auf Subventionen in Höhe von rund 94 Milliarden Mark im Jahr haben. Die baltischen Staaten erhielten bei einer Bevölkerung von acht Millionen, aber einer vergleichsweise hohen Getreide- und Milcherzeugung rund 18 Milliarden Mark aus Brüssel.

#### Aufforderung zum wirtschaftlichen Selbstmord

Ohne eine radikale Reform der EU-Agrarpolitik ist ein Beitritt finanziell überhaupt nicht leistbar. Herr Stoiber muß unseren Bauern die Wahrheit sagen. Die schnelle Erweiterung ist wirtschaftlicher Selbstmord. Bei einer Mitgliedschaft der europäischen Staaten gelten über Nacht voll die Regeln der Marktwirtschaft. Die Möglichkeit des Schutzes der dortigen Wirtschaft vor einem noch zu rauhen Wind der Konkurrenz entfallen genauso wie die Chancen eines gezielten langsamen Umbaus hin zur Marktwirtschaft. Was bei einem abrupten Übergang passiert, hat man beim schnellen Beitritt der ehemaligen DDR zum Wirtschaftsgebiet der Bundesrepublik gesehen. Dieser ökonomische Fehler muß nicht nochmal gemacht werden.

Umgekehrt käme es bei uns zu massiven Störungen auf dem Arbeitsmarkt. Bereits jetzt sind 130.000 Arbeitnehmer aus osteuropäischen Staaten im Rahmen von Werkverträgen tätig, davon mehr als die Hälfte am Bau. In Ostbayern sind nach DGB-Angaben 60 Prozent der Arbeitsverhältnisse in der Baubranche mit Werkvertragsarbeiten aus der Tschechischen Republik, der Slowakei und Polen besetzt. Bei dem existierenden Lohngefälle und dem Verfall der Wechselkurse würde dies sprunghaft zunehmen, wenn nach einem Beitritt alle Möglichkeiten der Begrenzung wegfielen. Es stellt sich die Frage, warum wir das Asylrecht zur Eindämmung der Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen geändert haben, wenn Stoiber mit dem schnellen Beitritt die Schleusen wieder öffnet. Sein Ausweg - Teilbeitritt - ist nur eine Scheinlösung. Wenn die osteuropäischen Staaten bei Schicksalsfragen wie Außenpolitik und innerer Sicherheit mitentscheiden, können sie einen Beitritt erpresserisch erzwingen.

(-/27. April 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### Wie ein Standortvorteil zum Nachteil wird

**Der Einigungsvertrag blockiert die Anerkennung von Traditionsberufen in Thüringen**

**Von Irls Gleicke MdB**

Die Initiative der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag zur Aufnahme der Thüringer Traditionsberufe in die Handwerksordnung ist ein richtiger Schritt notwendig, daß der Gesetzgeber seine bisherige Blockadepolitik umgehend aufgibt. Ansonsten sind ernsthafte Nachteile für Thüringens Handwerk und Industrie zu befürchten. Versäumnisse im Einigungsvertrag sind dafür verantwortlich, daß für die Region Südthüringen unverzichtbare Ausbildungs- und Berufszweige bedroht sind. Man hätte diese Versäumnisse jedoch längst korrigieren können und müssen.

Aber es wurde eben im Westen nicht immer zur Kenntnis genommen, daß auf regionale Besonderheiten Rücksicht genommen werden muß. Nicht alles, was sich in der alten Bundesrepublik bewährt und als praktisch erwiesen hat, kann die bei uns gewachsenen Strukturen einfach ersetzen. Da spielt auch eine gewisse Borniertheit eine Rolle. Nur so ist zu erklären, daß ein klarer Standortvorteil in einen Nachteil umgemünzt wird, indem die Traditionen einer unbestritten vorzüglichen Ausbildung schlicht ignoriert werden.

Will man den Betroffenen eigentlich vermitteln, daß sie gar nicht das sind, was sie sind? Unsere Glasgestalter, Christbaumschmuckhersteller und Tieraugenformer, unsere Laufschiesser und Schäfer haben es nicht verdient, daß man so mit ihnen umspringt. Es ist schon ein wenig verlogen, auf der einen Seite die Vorzüge ostdeutscher Produkte anzupreisen und auf der anderen Seite zu verhindern, daß die Qualität dieser Produkte dauerhaft erhalten bleibt.

Der Antrag der SPD-Landtagsfraktion Thüringen sieht eine Bundesratsinitiative vor, um auf diesem Wege endlich die Anerkennung der Traditionsberufe zu erreichen. Das Land steht in der Pflicht, die Interessen des Thüringer Handwerks in dieser Frage endlich mit aller Entschiedenheit und ohne falsche Rücksichtnahme auf Bonner Empfindlichkeiten zu vertreten: Es geht darum, die berechtigten Anliegen unserer Handwerker mit der nötigen Überzeugungskraft - und wenn es sein muß, mit dem notwendigen politischen Druck - gegen die vorhandenen Widerstände durchzusetzen. Die Anerkennung der Traditionsberufe ist überfällig! Die Landtagsinitiative werde ich in Bonn nachdrücklich unterstützen.

(-/27. April 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Eine Export-Offensive für Umwelttechnik starten** **Mit Förderprogrammen die Marktchancen nutzen**

**Von Siegmund Mosdorf MdB**  
**Vorsitzender der Kommission "Standort Deutschland" der SPD-Bundestagsfraktion**

Für die deutsche Umwelttechnik muß eine Export-Offensive gestartet werden.

Mit Förderprogrammen bestehend aus

- o einer gezielten Investitionszulage für Investitionsgüter des integrierten Umweltschutzes,
- o zinsverbilligte Kredite der "Kreditanstalt für Wiederaufbau" für Markteinführungskonzepte bei neuer Umwelttechnik
- o sowie Sonderprämien für die Absicherung durch Hermes-Bürgschaften

sollen deutsche Unternehmen aus den Bereichen Umwelttechnik bei ihren Aktivitäten auf ausländischen Märkten unterstützt werden.

Ich halte solche Förderprogramme deshalb für erforderlich, weil es sich bei den Produzenten von Umwelttechnik oft um kleine und mittlere Unternehmen handelt, denen für diese Schritte das notwendige Kapital fehle.

Die Bundesrepublik ist bisher mit einem Welthandelsanteil von 21 Prozent das größte Exportland für Umwelttechnik gefolgt von den USA mit 16 Prozent, Japan mit 13 Prozent, Italien mit zehn Prozent, Großbritannien mit neun Prozent und Frankreich mit acht Prozent. Aber die anderen Industrienationen sind nicht untätig. Noch sind deutsche Unternehmen Marktführer im Bereich der Umwelttechnik, wenn deutsche Unternehmen ihre Spitzenposition bei der Umwelttechnik halten und international ausbauen wollen, brauchen wir dringend eine solche "Exportoffensive" für deutsche Umwelttechnik um diese Zukunftsmärkte zu sichern.

OECD-Schätzungen gehen für den Umweltschutzgütermarkt von einem Wachstum von 5,5 Prozent auf 300 Milliarden DM bis zum Jahr 2000 aus. Während für den europäischen Markt mit 4,9 Prozent von einer unterdurchschnittlichen Wachstumsrate ausgegangen wird, Aufgrund der aktiven Umweltraumbedingungen in Europa wurden hier schon beachtliche Fortschritte erzielt. Dagegen werden beispielsweise für Japan jährliche Wachstumsraten in der

Umweltschutztechnik zwischen sechs und sieben Prozent ausgewiesen. Vor allem in Abwasser und Abfallbereich besteht hier noch ein erheblicher Nachholbedarf.

Neue stark expandierende Märkte für Umwelttechnik werden zukünftig auch im südostasiatischen Raum zu finden sein. Im Gefolge des hohen Wirtschaftswachstum hat sich in dieser Region die Umweltsituation dramatisch verschlechtert. Steigendes Umweltbewußtsein und eine entsprechende Kaufkraft lassen hier für Umweltschutztechnik einen interessanten Markt entstehen.

(-/27. April 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## DOKUMENTATION

### Wir brauchen ein neues, tragfähiges Bündnis zwischen den Generationen

Auf der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft "SPD plus 60" in Mainz sprach am heutigen Mittwoch der SPD-Parteivorsitzende Rudolf Scharping. Auszüge aus seinem Referat.

Deutschland braucht ein neues, tragfähiges Bündnis zwischen alt und jung - einen Generationenvertrag, der ökologisch und sozial begründet ist. Nur so können wir die Solidarität in unserer Gesellschaft wiederherstellen und die Herausforderungen der Zukunft bewältigen.

Gegenwärtig entwickeln sich die Lebenswelten von Alten und Jungen immer stärker auseinander. Auf der einen Seite steht eine stetig wachsende Gruppe älterer Bürgerinnen und Bürger, die rücksichtslos an den Rand gedrängt werden. Und allzu vielen jungen Menschen wird die Mitarbeit in unserer Gesellschaft gar nicht erst ermöglicht. Wenn wir es weiterhin zulassen, daß immer mehr junge Menschen mit dem Gefühl aufwachsen, ihre Zukunftschancen seien dieser Gesellschaft gleichgültig, dürfen wir uns nicht wundern, wenn diese Jungen ihre Mitverantwortung für den Generationenvertrag ablehnen.

Bereits heute ist jeder Fünfte Bundesbürger älter als 60 Jahre; in drei Jahrzehnten wird bereits jeder Dritte Deutsche zu den Senioren zählen. Reformpolitik ist ohne die Zustimmung und die Mitarbeit der Seniorinnen und Senioren nicht zu gestalten. Die SPD hat den demografischen Wandel frühzeitig erkannt und der sogenannten "grauen Revolution" Rechnung getragen.

In den vergangenen Jahren hat sich die SPD konsequent für die Mitarbeit und die Interessen älterer Menschen geöffnet. Ich habe großen Wert darauf gelegt, daß auch beim Parteivorstand eine Kommission zur Seniorenpolitik eingerichtet wird.

Die neue Arbeitsgemeinschaft "SPD plus 60" hat bereits wichtige Anregungen gegeben, die wir gerne in die Arbeit am Regierungsprogramm-Entwurf aufgenommen haben: Die soziale Grundsicherung, eine eigenständige Alterssicherung für Frauen, die sozialverträgliche Umgestaltung des Gesundheitssystems, die Sicherung der Pflegeversicherung oder die Verbesserung der Möglichkeiten zu einem schrittweisen Ausstieg aus dem Berufsleben - all dies sind zentrale sozialpolitische Anliegen nicht nur der älteren sondern aller SPD-Mitglieder.

Kein Zweifel: Die Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze und die Förderung eines ökologisch vernünftigen Wirtschaftswachstums sind die Voraussetzungen für ein festes Band zwischen den Generationen.

(-/27. April 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*